2004, Ausgabe 1

16.01.2004

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Themen in dieser Ausgabe:

- Bürgermeisterwahl
- Umbau des Marktplatzes
- Wohnungsverkäufe der Viterra Wohnen AG
- Gebührenerhöhung der RWW
- Wettbewerb durch kommunale Vergleichsringe
- Joschka Fischer zu Elite-Unis
- Angelika Beer zu Gentechnik

In dieser Ausgabe:

Theodor Schulte soll es machen!	1
Diskussion um Marktplatz heuchlerisch!	2
Viterra-Mieter genießen 10-jährigen Kündigungsschutz	2
Grüne stellen Anfrage zu Kündigungsschutz	3
Stellungnahme zur Gebührenerhöhung der RWW	4
Um beste Lösung konkurrieren	4
Neues aus der Bundespolitik	5

Theodor Schulte soll es machen!

[19.12.03] "Herr Schulte übernehmen Sie!", fordern die Gladbecker Bündnisgrünen und wünschen sich, dass der bisherige Stellvertretende Bürgermeister im September 2004 die Amtsgeschäfte des ausscheidenden Eckhard Schwerhoff übernimmt. In ihrer Mitgliederversammlung am Mittwochabend nominierten die Grünen den Fünfzigjährigen mit großer Mehrheit als Bürgermeisterkandidat.

Theodor Schulte repräsentiert die Stadt Gladbeck seit 10 Jahren erfolgreich als Stellvertretender Bürgermeister neben Eckhard Schwerhoff. Hierbei hat er viel Anerkennung bei der Bürgerschaft, Vereinen und Initiativen erlangt. "Wir brauchen Kontinuität und Zuverlässigkeit in der Verwaltungsführung", ist der Stadtverbandsvorsitzende der Grünen, Bernd Lehmann, überzeugt. "Und die erhält unsere Stadt mit der Wahl von Theodor Schulte".

„Wir brauchen Kontinuität und Zuverlässigkeit!“

Theodor Schulte ist Polizeioberkommissar und versieht seinen Dienst als Wachdienstführer bei der Polizeiautobahnstation Oberhausen. Der gebürtige Rentforter ist Vater von drei inzwischen erwachsenen Kindern. Mit seiner Frau Cornelia lebt er seit Jahren in Ellinghorst. Politisch ist er seit 1986 bei den Grünen beheimatet. Seit 1994 ist er Mitglied des Gladbecker Stadtrates und bekleidet seither auch das Amt eines Stellvertretenden Bürgermeisters.

Theodor Schulte (50) kandididiert für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN als Bürgermeister

"Das ist meine Stadt, hier bin ich groß geworden, ihre Entwicklung liegt mir persönlich am Herzen! Deswegen trete ich als Bürgermeisterkandidat an", beschreibt Schulte seine Motivation sich der Wahl seiner MitbürgerInnen zu stellen.

Die Vorstellung, dass jemand, der keinerlei Bezug zur Stadt Gladbeck und ihren Bürgerinnen und Bürgern hat, seine Heimatstadt führen und vertreten könnte, ist für das "Gladbecker Gewächs" keine erstrebenswerte Lösung. Schulte: "Durch meine langjährigen politischen und repräsentativen Tätigkeiten kenne ich die Verwaltung gut genug, um mir ihre Führung zuzutrauen. Ich bin aber überzeugt, dass Verwaltungserfahrung alleine nicht ausreicht, um die richtigen Entscheidungen für Gladbecks Zukunft zu fällen. Man muss auch eine Beziehung zu seiner Stadt haben."

Theodor Schulte hatte gemeinsam mit seinen grünen Fraktionskollegen 1994 die entscheidenden Ratsstimmen dafür abgegeben, dass Eckhard Schwerhoff zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister Gladbecks gewählt wurde. "Diese Entscheidung war im Sinne der Gladbecker Bürgerinnen und Bürger richtig, wie auch die große Zustimmung bei der Wiederwahl durch die Bevölkerung gezeigt hat", ist Schulte auch heute noch überzeugt. Weil der Amtsinhaber aber definitiv nicht mehr antreten wird, bittet der bisherige Stellvertreter um die Chance, die Arbeit im Sinne des Vorgängers, aber mit neuen, eigenen Akzenten fortsetzen zu können.

GRÜNE: Diskussion um Markthalle heuchlerisch!

[14.01.04] "Es wird Zeit, die immer skurrilere Blüten treibende Debatte um den inzwischen begonnenen Abriss der sogenannten "Markthalle" wieder auf die Füße zu stellen," meinen Bürgermeisterkandidat Theodor Schulte und Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN. Mit unkalkulierbaren Folgekosten belastete Vorschläge für eine "Kunsthalle", erfolglose Versuche, den Abbruch juristisch zu verzögern und jetzt die Klage des einstigen Bauleiters über die angebliche "Vernichtung seines geistigen Eigentums".

"Wo waren alle diese Schlaumeier in den vergangenen 15 Jahren?" fragt sich Theodor Schulte. "15 Jahre, in denen dieses deplazierte Monstrum mitten auf dem historischen Marktplatz stand, weitgehend ungenutzt und langsam vergammelnd." Ginge es den nun plötzlich wach gewordenen Markthallenfreunden wirklich um die Qualität unserer Innenstadt, hätten sie sich schon vor Jahren in die Debatte eingeschaltet, und nicht erst nachdem der Rat einstimmig und mit großer Unterstützung der Bürgerschaft die Wiederherstellung der früheren Platzsituation beschlossen habe. Stattdessen bleibe der schale Beigeschmack, dass sich hier wieder einmal die "üblichen Verdächtigen" wichtig machen wollen.

"Die Verantwortung für die jetzt notwendige Investition tragen die maßgeblichen Personen bei SPD, CDU und Stadtverwaltung, die in den Achtziger Jahren gegen großen öffentlichen Protest und zahlreiche Warnungen - unter anderem auch der GRÜNEN - den Marktplatz verschachert und die Baupläne durchgesetzt haben!" stellt Mario Herrmann klar. Die Gladbecker GRÜNEN stünden voll und ganz hinter dem Abriss und der Neugestaltung des Platzes. Herrmann: "Das einzige dauerhaft erfolgreiche Unternehmen in diesem Gebäude, die "Nudelwelt" konnte glücklicherweise innerhalb des Innenstadtbereichs umgesiedelt werden. Wir werden in Kürze wieder einen attraktiven Wochenmarkt an einem Ort haben, womit dann auch das Dauerprovisorium in der Horster Straße beendet wird."

Allerdings warnen die Grünen-Politiker vor der Erwartung, dass es in "Gladbecks innerstädtischem Herzen" zukünftig wieder so aussehen würde wie auf historischen Fotografien. Dazu seien in den Siebziger und Achtziger Jahren viel zu viele weitere Planungssünden begangen worden. "Durch die Arbeiten am Marktplatz rücken wir immerhin einem der schlimmsten Auswüchse dieser verfehlten Politik zu Leibe," so Schulte.

Die Planung sieht die Pflanzung einer Baumdoppelreihe um den Marktplatz vor. Der Plan kann unter www.gruene-gladbeck.de abgerufen werden.

„Wir werden in Kürze wieder einen attraktiven Markt an einem Ort haben."

Schulte: Viterra-Mieter genießen nach Verkauf 10-jährigen Kündigungsschutz

[08.01.04] Die rot-grüne Landesregierung in NRW hat die Sperrfrist zum Schutz der Mieter vor Kündigungen bei Wohnungsverkäufen deutlich gegenüber den Regelungen des Bundesrechtes ausgeweitet. Darauf weisen die Grünen im Zusammenhang mit der Veräußerung von 2.128 Viterra Wohnungen in Gladbeck hin.

"Die Schutzinteressen der Mieterinnen und Mieter haben für uns einen höheren Stellenwert als die Interessen der Wohnungsunternehmen an einer Verwertung der Wohnung", macht Bürgermeisterkandidat Theodor Schulte für seine Partei deutlich. Nach dem Verkaufes der 27.000 Wohnungen durch die Viterra AG, wovon auch Gladbecker Bürger betroffen sind, haben sich die Grünen daher an ihre Landtagsfraktion gewandt. Dr. Thomas Rommelspacher, MdL, wohnungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, versteht die deutliche Verunsicherung der Mieter, die sich nun fragen, ob sie noch morgen in ihrer Wohnung wohnen.

Kündigungssperrfristverordnung des Landes gewährt 10 Jahre Schutz

"Wir sagen klar und deutlich, dass bei Wohnungsverkäufen eine Kündigung des bestehenden Mietvertrages für zehn Jahre ausgeschlossen ist", so der Landtagsabgeordnete. Aufgrund einer ergänzenden Rechtsverordnung des Landes NRW zu den Regelungen des bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) besteht noch bis zum 31.08.2004 , somit auch für die obengenannten Mieter/innen eine Kündigungssperrfrist von zehn Jahren.

"Mit der Rechtsverordnung ging unsere rot-grüne Landesregierung weit über das bestehende Bundesrecht hinaus, das nur eine dreijährige Sperrfrist vorsieht und stellt in NRW den Mieterschutz in den Vordergrund", zeigt sich Schulte erfreut über die deutliche Klarstellung seines Landtagsabgeordneten.

→ Infos im Netz

Vor solcher Post bleiben Mieter nach einerm Wohnungsverkauf verschont.

GRÜNE stellen Anfrage zu Kündigungsschutz

[15.01.04] Die von dem Verkauf der 2.128 Wohnungen betroffenen Mieter haben Glück, denn sie genießen einen besonderen Kündigungsschutz von 10 Jahren. Was aber passiert bei weiteren Veräußerungen nach dem 31.08.2004? Dann nämlich läuft die entsprechende Sperrfrist-Verordnung des Landes aus.

"Die auslaufende Mieterschutz-Verordnung soll nach dem Willen unserer rot-grünen Landesregierung nahtlos durch eine neue Verordnung ersetzt werden", berichtet Ratsherr Theodor Schulte aus den Abstimmungsgesprächen mit seiner Landtagsfraktion. Der Referentenentwurf für die sogenannte Sperrfrist-Verordnung zum § 577a BGB liegt bereits vor. Ihr Geltungsbereich soll sich über die Ballungsräume und die großen Städte des Landes erstrecken. Überrascht zeigten sich die Grünen jedoch darüber, dass Gladbeck nicht zu den 57 Städten gehören soll, in denen der ausgedehnte Mieterschutz auch zukünftig gelten wird. Bei Wohnungsverkäufen durch die Viterra AG wären die Bürgerinnen und Bürger dann nur noch drei Jahre vor Kündigung geschützt.

Wie der wohnungspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Dr. Thomas Rommelspacher, seinen Gladbecker Parteifreunden mitteilte, hätte die Stadtverwaltung keinen Bedarf an einer Verlängerung der Sperrverordnung gesehen. Die Stellungnahme aus Gladbeck sei im Abstimmungsverfahren negativ ausgefallen.

Für die Grünen wirft dieses Votum Fragen auf. "Der aktuelle Fall zeigt, wie schnell sich die Wohnungsunternehmen im Ruhrgebiet von ihren Beständen trennen – gerade auch in Gladbeck", gibt Schulte zu bedenken. Ein angemessener Kündigungsschutz sei für die betroffenen Mieter von großem Interesse. In einer Anfrage wollen die Grünen daher jetzt von Bürgermeister Eckhard Schwerhoff (CDU) die Gründe für die Lockerung des Kündigungsschutzes in Gladbeck erfahren. Anders als in Gladbeck werde in Nachbarstädten wie Essen auch nach August durch die neue Verordnung noch eine Kündigungssperre von 8 Jahren gelten.

Viterra-Häuser in Schultendorf. Sie wurden bereits in der Vergangenheit privatisiert.

„Der aktuelle Fall zeigt, wie schnell sich die Wohnungsunternehmen im Ruhrgebiet von ihrem Bestand trennen."

Anfrage zur Kündigungssperrfristverordnung des Landes

[12.01.04] Mit nachfolgender Anfrage wandte sich Ratsherr Theodor Schulte an Bürgermeister Schwerhoff:

Sehr geehrter Herr Schwerhoff,

im Zusammenhang mit der Veräußerung von 2.128 Gladbecker Wohnungen durch die Viterra AG erfuhren wir durch unsere Landtagsfraktion, dass am 31.08.2004 die Sperrfrist-Verordnung des Landes NRW zum § 577a BGB ausläuft. Nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung soll die auslaufende Verordnung durch eine neue ersetzt und damit der besondere Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter in 57 Städten des Landes erhalten bleiben.

Wie uns der wohnungspolitische Sprecher unserer Landtagsfraktion, Herr Dr. Rommelspacher, mitteilte, findet die Stadt Gladbeck in dem Referentenentwurf der Landesverordnung keine Berücksichtigung. Alle Städte des Landes seien seinerzeit aufgefordert gewesen, eine Stellungnahme abzugeben, ob ein Bedarf für einen längeren Kündigungsschutz gegenüber den Regelungen des BGB gesehen würde. In dem entsprechenden Vermerk für die Stadt Gladbeck hieße es hierzu: "Votum der Kommune: contra".

Anders als Beispielsweise in der Nachbarstadt Essen, gelte somit ab September bei Wohnungsveräußerungen in Gladbeck ein Kündigungsschutz von 3 Jahren für Mieterinnen und Mieter. Die neue Verordnung hätte betroffenen Mietern einen Schutz vor Kündigung von 8 Jahren gewährt.

Insbesondere vor dem Hintergrund der weiteren Privatisierungsabsichten der Viterra AG wirft das Votum der Stadtverwaltung daher Fragen auf. Innerhalb des Privatisierungsprozesses in Zweckel und Schultendorf wurde das ausgeprägte und nachvollziehbare Interesse der Viterra- Mieter an einem ausreichendem Schutz vor Kündigung deutlich. Der Kündigungsschutz war eine der primären Fragen in den bisher durchgeführten Privatisierungen.

Ich bitte daher um Beantwortung folgender Fragen:

(1) Wie begründet die Stadtverwaltung ihr Votum zur Erfordernis einer Sperrfristverordnung zum § 577a BGB für den Gladbecker Bereich?

(2) Sieht die Stadtverwaltung keine Konflikte bei weiterer Veräußerung von Viterra-Immobilien und gleichzeitiger Lockerung des Kündigungsschutzes?

Mit freundlichen Grüßen
Theodor Schulte

Im NRW-Landtag wird bereits an einer neuen Kündigungsschutz-Verordnung gearbeitet.

Stellungnahme zur Gebührenerhöhung der RWW

[13.01.04] "Schlicht unseriös" findet Markus Holt, umweltpolitischer Sprecher der Gladbecker Grünen, die Behauptungen und Berechnungen der RWW im Zusammenhang mit dem geplanten Wasserentnahmeentgeld: "Mitnichten führt das Entgeld zu den von den RWW skizzierten Kostensteigerungen - de facto kaschieren die Versorgungs- unternehmen mit solchen Behauptungen nur, dass sie selbst kräftig hinlangen!"

Tatsache sei, so Holt, dass auf Grundlage der ab 2004 gültigen EU-Wasser-Rahmenrichtlinie ein Wasserentnahmeentgeld erhoben werden soll - wie es auch schon in neun anderen Bundesländern gängige Praxis sei. Mit diesen Einnahmen sollen Maßnahmen gefördert werden, die dem Gewässerschutz und der Wasserqualität zugute kommen. Diese Zielsetzung der Qualitätssicherung bzw. -steigerung sei bei den zunehmenden Problemen in diesem Bereich sicher zu befürworten.

Die Abgabenhöhe für dieses Entgeld betrage fünf Cent pro Kubikmeter. Das bedeutet bei den von den RWW selbst angegebenen Verbrauchsdaten von 172 Kubikmetern im Jahr für einen Vier-Personen-Hauhalt eine Kostensteigerung von 8 Euro und sechzig Cent. Markus Holt: "Das entspricht in etwa dem Gegenwert einer üppig belegten Pizza - und liegt erheblich unter dem "absoluten Minimum" von 12 Euro, das die RWW angeben. Den Bürger muss klar sein: Alles, was an Gebührensteigerungen über den von der Landesregierung angesetzten Betrag hinausgeht, hat mit der Sicherung unseres wichtigsten Lebensmittels wenig, mit der Gewinnsteigerung von Unternehmen dagegen sehr viel zu tun!"

Im übrigen, so Holt, seien alle Verbraucher gleichermaßen "betroffen" - sofern man überhaupt von einer Betroffenheit reden kann:"Die Gebühr wird pro Kubikmeter Verbrauch berechnet - unabhängig davon, ob am Ende der Leitung ein Singlehaushalt, eine Waschstraße oder ein Einfamilienhaus hängt."

Gebührenerhöhung dient eher der Gewinnsteigerung des Unternehmens.

Schulte: Um die beste Lösung konkurrieren!

"Was kosten unsere städtischen Leistungen", möchten die Bündnisgrünen wissen und wollen hierzu Vergleiche zu anderen Städten heranziehen. Über die Teilnahme an sogenannten Vergleichsringen erhoffen sich die Grünen mehr Wettbewerb und Transparenz auch in der Verwaltungsarbeit.

"Wir sind nicht die einzige Stadt in Deutschland, die Bücher verleiht", vereinfacht Bürgermeisterkandidat Theodor Schulte den grünen Ansatz. In den Städten wird weitestgehend ein ähnliches Leistungsangebot vorgehalten. Büchereien, Schulen, Bauverwaltung, Unterhalt von Sport- und Grünanlagen sind nur einige Tätigkeitsfelder, die man beispielhaft aufführen kann. Zunehmens gehen die Städte dazu über ihre Leistungen auf diesen Feldern untereinander zu vergleichen. Sie prüfen, wie die Arbeit organisiert ist, wie viel Personal eingesetzt wird und welche Kosten hieraus entstehen. Im Neudeutsch wird diese Vergleichsarbeit auch als Benchmarking bezeichnet.

"Ziel ist es, nicht mehr nur in den eigenen starren Grenzen zu denken, sondern von anderen zu Lernen und um die beste Lösung zu konkurrieren", beschreibt Schulte die Teilnahme an den Vergleichsringen. Stellt sich beispielsweise heraus, dass die Stadt Marl zur Ausstellung einer Baugenehmigung weniger Zeit und weniger Geld benötigt, so können durch einen Erfahrungsaustausch die eigenen Leistungen verbessert und letztendlich Geld eingespart werden.

Verglichen wird in der Nachbarschaft bereits rege. So nimmt Essen an den Vergleichsringen "Friedhof", "Grünflächen", "Jugend", "Schulverwaltung" und "Umwelt" teil und Gelsenkirchen prüft u.a. die Bereiche "Berufsfeuerwehr", "Kasse" und "Vermessung & Kataster" im Vergleich mit anderen Städten. Und auch Gladbeck hat bereits die Vergleichsarbeit aufgenommen. Sie konkurriert im Bereich "Freiwillige Feuerwehr" um die beste Lösung mit anderen Kommunen.

Den Einstieg der Verwaltung in diese Art von Wettbewerb begrüßen die Grünen. "In vielen Bereichen sind wir bereits Spitzenklasse und können anderen Städten was beibringen", so der grüne Bürgermeisterkandidat. "Aber wir dürfen auch nicht abgeneigt sein, von anderen zu lernen und uns selber zu verbessern". Die Vergleichsarbeit unterstütze die Verwaltungsmodernisierung und trage zur Haushaltskonsolidierung bei.

„In vielen Bereichen sind wir bereits Spitzenklasse!“

Für den Bereich „Freiwillige Feuerwehr“ arbeitet die Stadt bereits in einem Vergleichsring.

Joschka Fischer: „Geldbeutel darf nicht entscheidend sein!“

Im Interview mit dem "Stern" kritisiert Außenminister Joschka Fischer den Vorschlag einer Elite-Uni, warnt vor naivem Fortschrittsoptimismus und nennt eine weitere Steuerreform für 2005 nicht realistisch.

"Leistungsfähigkeit und Zugangsgerechtigkeit" sei für die Grünen unverzichtbar. Bildung sei der entscheidende Rohstoff, aber wer die Bildungsdebatte "auf den Begriff Elite verengen will, liegt falsch", so Fischer. "Wer bessere Unis will, soll sie vom Beamtenrecht befreien, Wettbewerb, Eigenverantwortung und Leistungskontrolle zulassen." Der grüne Außenminister sprach sich im "Stern"-Interview für Ganztagsschulen, mehr Lehrer und individuellere Förderung aus. "Wenn wir eine breite Begabungsförderung betreiben, sind wir auch in der Spitze gut." Nachdenkenswert sei der Vorschlag, Bildungsinvestitionen durch eine zweckgebundene Erbschaftssteuer zu finanzieren.

Eine Lockerung der Empryonenforschung, wie von Bundeskanzler Schröder ins Gespräch gebracht, hält Fischer für falsch: "Der Bundestag hat einen weisen Beschluss gefasst" und er empfehle daran festzuhalten. "Ein Zurück zu einem naiven Fortschrittsoptimismus wird zu nichts führen", mahnte Fischer. Ohne Rücksicht auf die Umwelt werde es keinen Fortschritt geben.

Fischer bezweifelte in dem Interview, dass es 2004 zu einer dauerhaften Lösung für die Finanzierung des Gesundheitssystems kommen werde. Die Union stehe mit ihrem Kopfpauschalen-Modell "für die Vollprivatisierung des Gesundheitssystems und damit für die Verabschiedung aus der Solidarität". Fischer warb erneut für die Bürgerversicherung, deren Beitragspflicht sich auf alle Bürger erstreckt und sprach sich dafür aus, den Arbeitgeberanteil einzufrieren.

Vor dem Hintergrund, dass die Commerzbank die Betriebsrenten für ihre Mitarbeiter gekündigt hat, erklärte Fischer: "Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, wie die Betriebsrenten als wichtige Säule der Alterssicherung ruiniert werden, während die Spitzenmanager ihre eigene Pension absichern."

Joschka Fischer fordert breite Begabtenförderung statt Elite-Unis

Eine weitere Steuerreform für 2005 hält Fischer für unrealistisch. In den letzten Jahren habe Rot-Grün Entlastungen von fast 60 Milliarden Euro beschlossen. Er halte nichts davon, "den Leuten weniger Steuern, aber mehr Leistungen zu versprechen, wie es der immer verbalradikalere Herr Westerwelle so liebt." Ein besseres Bildungssystem, Zukunftsinvestitionen und mehr soziale Gerechtigkeit, seien nicht zu bezahlen, "wenn die Kassen leer sind", so Fischer gegenüber dem "Stern".

Angelika Beer: „Bei Gentechnik Erfolg erzielt“

Der Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat den Entwurf für das neue Gentechnik-Gesetz begrüßt. Dies teilte die grüne Bundesvorsitzende Angelika Beer mit. Das Recht auf Wahlfreiheit für Verbraucher, sowie das fest geschriebene Haftungsrecht sei ein Erfolg Renate Künasts, so Beer.

Mit dem neuen Gentechnik-Gesetz sei die künftige Koexistenz von gentechnisch unveränderten mit gentechnisch veränderten Pflanzen festgeschrieben, betonte Beer. Zu begrüßen sei es, dass neben der Wahlfreiheit für Verbraucher auch das Haftungsrecht festgelegt worden sei. Danach müssen für Schäden, die beispielsweise durch Saatgut oder bei Pollenflug entstehen, künftig die Verursacher haften.

Außerdem sollen Produkte, die aus genveränderten Organismen bestehen, gekennzeichnet werden. Dies gilt auch für Produkte, die beispielsweise aus Gen-Soja hergestellt werden. Das neue Gentechnik-Gesetz sei als "Erfolg unserer Politik" zu sehen, betonte Beer. Das Gesetz, mit dem die EU-Freisetzungsrichtlinie umgesetzt wird, soll im Februar vom Kabinett beschlossen.

Angelika Beer zur Wehrpflicht: „Reform längst überfällig!“

Die Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Angelika Beer, hat sich erneut für die Abschaffung von Wehrpflicht und Zivildienst ausgesprochen. Eine Reform sei "längst überfällig", sagte Beer.

Ein entsprechender Kabinettsschluss, der die Zukunft von Zivildienst und Wehrpflicht regelt, solle noch in diesem Jahr vorgelegt werden, so Beer. Ziel sei es, Wehrpflicht und Zivildienst abzuschaffen. "Ich hoffe, dass jetzt der Weg frei gestellt ist", sagte Beer. Die Regelungen, für die eine Übergangszeit notwendig sei, müssten sozial und sicherheitspolitisch verträglich umgesetzt werden, so Beer. Nach ihrer Ansicht müsse mit einer Übergangszeit von drei bis vier Jahren gerechnet werden.

Auch der Bericht zur Zukunft des Zivildienstes, den Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) am Donnerstag vorlegen wird, eröffne Möglichkeiten, aus dem Zivildienst auszusteigen. "Zivildienst kann die Wehrpflicht nicht legitimieren", betonte die Grünen-Politikerin. Zudem verwies Beer darauf, dass Trägerverbände, wie beispielsweise Pflegedienste, bereits an Konzepten arbeiteten, die Regelungen für den Wegfall des Ersatzdienstes betreffen.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

anmelden: gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

abmelden: gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Januar

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
19	20	21	22 Bauausschuss	23	24 Jessica-Band Stadthalle	25 Markt-Platz städt. Galerie
26	27 Jugendhilfeausschuss	28 Gospel Singers Christuskirche	29 Wirtschaftsausschuss	30 Krimi-Dinner Wasserschloss	31 Aladins Lampe Bonhoeffer-Haus	

Februar

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
02 Schulausschuss	03 Sportausschuss	04	05	06	07 Jörg Lehwald Bonnhoeffer-Haus	08 Markt-Platz städt. Galerie
09 Haupt- & Finanzausschuss	10 Rechnungsprüfungsausschuss	11	12 Ratssitzung	13	14	15